

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 01/2023



MIT NEUER KRAFT VORAUSS Thüringen GRÜN gestalten



SCHULGESETZ

Das Thüringer Schulwesen modernisieren

5

VORGESTELLT

Unsere neuen grünen Minister*innen im Portrait

6/7

NACHHALTIGER TOURISMUS

Chance für Thüringen

8



Liebe Leser*innen,

im Thüringer Landtag konnten wir, nach intensiven und langwierigen Verhandlungen, mit einem dank der rot-rot-grünen Stimmen beschlossenen Landeshaushalt ins neue Jahr starten. Deutlich wurde und wird: Wir sind als Rot-Rot-Grün auch ohne eigene Mehrheit handlungsfähig und übernehmen Verantwortung – anders als beispielsweise die CDU, die zunächst die Haushaltsverhandlungen verzögerte, dann ihre Projekte in den Haushalt wickelte, sich schließlich aber bei der Abstimmung im Plenum enthielt. Dennoch haben wir nun einen Haushalt, der den enormen Herausforderungen des letzten Jahres, wie dem Krieg gegen die Ukraine oder der Klimakrise, Rechnung trägt. Die menschenwürdige Unterbringung Geflüchteter, die Unterstützung Betroffener der Energiepreiskrise, aber auch die Stärkung unserer Demokratie – für all das bedarf es Investitionen. Mit dem Haushaltsbeschluss konnten wir die dringend benötigte Planungssicherheit für das Land, die Kommunen und Landkreise sowie alle Institutionen, Vereine, Verbände und Unternehmen schaffen.

Mit der überraschenden Rücktrittsankündigung von Anja Siegesmund endete das letzte Jahr für uns turbulent. Die Entscheidung haben wir mit Respekt zur Kenntnis genommen. Anja hat in den vergangenen 13 Jahren die Thüringer Politik entscheidend mitgeprägt. Zwischen den Jahren galt es für unseren Landesverband, eine Nachfolge für sie zu benennen. Letztlich traf die Partei die schwierige Entscheidung und besetzte neben dem Umwelt- und Energieministerium auch unser Justiz- und Migrationsministerium neu. Als Fraktion unterstützen wir diese Entscheidung für eine starke personelle Neuaufstellung gerade mit Blick auf 2024. In der ersten Plenarsitzung des Jahres wurde Doreen Denstädt als neue Justiz- und Migrationsministerin sowie Bernhard Stengele als neuer Umwelt- und Energieminister im Amt vereidigt. Wir wünschen Beiden viel Kraft und gutes

Gelingen an der Spitze unserer grünen Häuser. In der ersten Ausgabe unserer hinterGRÜNde haben wir die Doppelseite genutzt, um die neuen grünen Minister*innen vorzustellen und sie zu ihren Vorhaben und Zielen zu befragen.

In dieser Ausgabe widmen wir uns weiteren Herausforderungen des kommenden Jahres. So wird beispielsweise das Schulgesetz novelliert und es gilt aus unserer Sicht, das Bildungswesen zu stärken, aber auch dem Lehrer*innenmangel wirksam entgegenzutreten. Des Weiteren streben wir ebenfalls eine Änderung des Thüringer Bestattungsgesetzes an. Anlass dafür gab uns ein Fachgespräch im letzten Jahr, in dem wir über Möglichkeiten zur Liberalisierung der Bestattungskultur diskutiert haben. Außerdem stellen wir uns die Frage, wie der Tourismus in Thüringen nach der Doppel-WM in Oberhof langfristig und vor allem nachhaltig ausgerichtet werden kann. Neben diesen Aufgaben, die es zu meistern gilt, gibt es jedoch ebenfalls schon Erfolge, über die wir uns in diesem noch jungen Jahr freuen können. So wurde in der ersten Plenarsitzung des Jahres ein rot-rot-grüner Antrag zur Stärkung des ÖPNV beschlossen. Zudem konnten wir im März, nach zwei Jahren Corona-Pandemie, endlich wieder zu unserem bündnisgrünen Regenbogenempfang einladen. Zu Gast war der erste Beauftragte für Queerpolitik im Bund, Sven Lehmann.

In dieser Ausgabe der hinterGRÜNde erwartet Euch wieder eine Vielfalt an Themen.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Astrid Rothe-Beinlich

**Eure Astrid Rothe-Beinlich,
Fraktionsvorsitzende**



Inhalt

Editorial	2	Es geht um Leben und Tod - Schutz für Geflüchtete und deren Familien	5
ÖPNV-Offensive für Thüringen beschlossen! Klimaschutz vs. Denkmalschutz - unüberwindbare Gegensätze?	3	Vorstellung unserer neuen grünen Minister*innen ..	6/7
Der Weg zum zeitgemäßen Bestattungsgesetz	4	Nachhaltiger Tourismus als Chance für Thüringen ..	8
Das Thüringer Schulwesen modernisieren	5	Tierschutz auf allen Ebenen	9
		Regenbogenempfang - mit Sven Lehmann	10

ÖPNV-OFFENSIVE FÜR THÜRINGEN BESCHLOSSEN!



Bald startet das Deutschlandticket als langfristige Nachfolge für das erfolgreiche 9-Euro-Ticket. Wir finden, dass es dazu auch das richtige ÖPNV-Angebot geben muss! Damit das gelingt, haben wir als bündnisgrüne Fraktion gemeinsam mit den Koalitionspartnern einen Antrag ins erste Plenum 2023 eingebracht und beschlossen.

Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Finanzmittel für eine ambitionierte ÖPNV-Offensive in den künftigen Haushaltsentwürfen einzustellen. Zusätzlich sind mit dem Nahverkehrsplan sowie dem Integralen Taktfahrplan Konzepte in Arbeit, die definieren, wo und wie häufig Busse und Bahnen fahren sollen. Diese Konzepte sollen zusammengebunden werden, um den öffentlichen Personennahverkehr

(ÖPNV) in Thüringen flächendeckend zu einer zuverlässigen und komfortablen Alternative zu machen. Um Thüringer Kommunen bei der Finanzierung großer Infrastrukturprojekte zu unterstützen, soll die Landesregierung außerdem ein Landesfördergesetz (LGVFG) auf den Weg bringen.

Jetzt ist der Zeitpunkt für eine ÖPNV-Offensive in Thüringen: neue Spätverbindungen, die Beseitigung von Taktlücken sowie die Verbesserung der Anbindung auch kleiner Orte im ländlichen Raum.

Beschluss des Landtags

Thüringens Nahverkehr
zur echten Alternative machen



v.l. O. Wisk (ThEGA), T. Wahlbuhl (ThEGA), H. Reinhardt (Landeskonservator Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie), M. Henfling, Prof. Dr. B.-I. Hoff (Chef der Staatskanzlei sowie Präsident des Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz), L. Wahl.

KLIMASCHUTZ VS. DENKMALSCHUTZ - UNÜBERWINDBARE GEGENSÄTZE?

Unter diesem Titel organisierten wir am 9. Februar unser erstes Fachgespräch in diesem Jahr. Das Interesse am Thema war erkennbar groß. Über 60 Interessierte kamen in den Landtag oder schalteten sich digital zu.

Ziel des Abends war es, gemeinsam über Maßnahmen und Lösungsansätze zu sprechen, wie mehr Klimaschutz in Thüringens Flächendenkmälern und bei geschützten Gebäuden gelingt. Der Ausbau der Erneuerbaren ist angesichts der Abhängigkeit von fossilen Energien dringend notwendig. Dank dem neuen § 2 im Erneuerbare-Energien-Gesetz liegt der Ausbau der Erneuerbaren im „überragenden öffentlichen Interesse“. Bei der Genehmigung von Solaranlagen

bedeutet dies für die Denkmalschutzbehörden nun, dass sie künftig die Ermessensabwägungen so ausüben müssen, dass Anträge allenfalls in Ausnahmefällen versagt werden können. Die Thüringer Staatskanzlei wies darauf hin, dass zur Auslegung des § 2 EEG für die Denkmalschutzbehörden mittlerweile Vollzugshinweise erarbeitet wurden. Diese sollen auch der Öffentlichkeit über die Plattformen der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. In der Diskussion mit den Teilnehmer*innen stellte sich heraus, dass ein frühzeitiger Austausch, am besten vor der Antragseinreichung, zwischen Eigentümer*in und Denkmalschutzbehörde entscheidend ist, um eine gute Lösung für alle Interessen zu finden. Die Veranstaltung war ein guter Auftakt.



DER WEG ZUM ZEITGEMÄßEN BESTATTUNGSGESETZ

Das Thüringer Bestattungsgesetz gehört zu den strengsten Bestattungsgesetzen in ganz Deutschland. Das seit 2004 existierende Gesetz wurde zuletzt 2016 maßgeblich geändert und angepasst. Doch auch seitdem hat sich in der Gesellschaft einiges getan. Neue Bestattungsformen sind Ausdruck einer gewachsenen Kultur, die sich mit der Zeit immer weiter verändert hat. Selbstbestimmte und individuelle Entscheidungen der Menschen in Thüringen werden durch das Gesetz immer noch stark eingeschränkt.

Momentan gibt es die Optionen der Sarg- sowie der Urnenbestattung. In anderen Ländern und Bundesländern gibt es jedoch eine wesentlich größere Entscheidungsvielfalt. Dazu gehören die Möglichkeit der Ascheteilung oder die Tuchbestattung sowie die sogenannte Reerdigung als Alternativen zum Sarg. Hinter allen Ansätzen und Wünschen, ebenso wie den technischen Überlegungen zur Klimakrise, muss vor allem die Würde des Menschen im Vordergrund stehen. Das Thema Bestattungen ist ein sensibles, sehr persönliches, aber auch gesellschaftliches Thema. Wir wollten herausfinden, ob und wie eine Liberalisierung des Thüringer Bestattungsgesetzes in Thüringen umsetzbar ist. Um einen Überblick über mögliche Ansätze sowie Perspektiven zum Thema Bestattungen zu erhalten, haben wir im letz-

ten Jahr zu einem Fachgespräch in den Thüringer Landtag eingeladen. Menschen von Bestattungsunternehmen, Wissenschaft, Kirchen und Politik berichteten aus ihren Feldern, tauschten sich aus und diskutierten über Möglichkeiten zur Liberalisierung des Thüringer Bestattungsgesetzes.

Die wichtigste Erkenntnis war, dass die Thüringer*innen andere Formen von Bestattungen wählen möchten und sollten, als sie derzeit im Freistaat zulässig sind. Ein dementsprechendes Gesetz sollte zeitgemäß sein und sich an neuen Überlegungen und Gegebenheiten anpassen können. Dabei gilt es, den Blick auf die verschiedenen Bereiche Religion, Ethik und Klimaschutz zu richten. Das Fachgespräch hat für uns als Fraktion einen guten Überblick geschaffen und war von Verständnis füreinander sowie konstruktiven Debatten geprägt. Es wurde deutlich, dass die Menschen in den Prozess eingebunden werden wollen.



Einen ausführlichen Bericht zur Veranstaltung findet ihr hier.

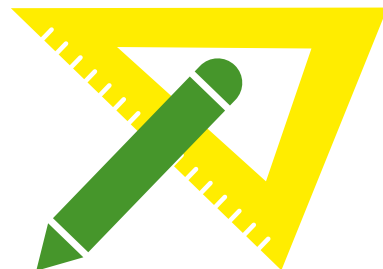


Wie geht es weiter?

Im zuständigen Innenausschuss haben wir eine schriftliche Anhörung durchgeführt, um eine Übersicht über Wünsche und Forderungen der Thüringer*innen, aber auch der Bestattungsunternehmen und der Kirchen zu erhalten. Derzeit werten wir diese Stellungnahmen aus und werden demnächst eine mündliche Anhörung durchführen. Diese Anhörung wird öffentlich stattfinden, sodass ihr gern auch im Landtag vorbeikommen könnt.

Wenn ihr Fragen zum aktuellen Stand des parlamentarischen Verfahrens habt, euch für die öffentliche Anhörung anmelden wollt oder Wünsche und Anregungen zum Thema Bestattungsgesetz habt, meldet euch gern beim zuständigen Referenten Tobias Lange (Telefon: 0361/37-72680; E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de).

DAS THÜRINGER SCHULWESEN MODERNISIEREN



Während die Opposition im Bildungsbereich am liebsten alle Weiterentwicklungen der vergangenen Jahre rückgängig machen würde, wollen wir unser Schulwesen an die pädagogischen Herausforderungen anpassen und modernisieren. In einer Minderheitsregierung ist das sicherlich ein schwieriges Unterfangen. Doch verzagen gilt nicht. Deshalb haben wir im Januar unseren Schulgesetzentwurf eingebracht. Inhaltlich fußt unser Reformvorhaben auf drei Schwerpunkten.

Erster Schwerpunkt ist die Schulentwicklung. Praxisorientierung, berufliche Orientierung, Ganzttag und digitaler Unterricht sind hierbei wichtige Eckpunkte. Für digitalen Unterricht soll es einen rechtssicheren Rahmen geben und alle Schüler*innen ab Klassenstufe 5 sollen ein digitales Endgerät über die Lernmittelfreiheit erhalten. Jede Schule hat ihr eigenes Profil, ihre individuellen Zielsetzungen und pädagogischen Schwerpunkte. Diese sollen künftig in einem Schulentwicklungsprogramm regelmäßig weiterentwickelt und von einem Orientierungsrahmen Schulqualität unterstützt werden. Die Gemeinschaftsschule wollen wir ausbauen - und zwar zuerst dort, wo Grund- und Regelschulen sich bereits in einem Gebäude befinden.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Entlastung von Lehrkräften.

Künftig sollen pädagogische Assistenten und Verwaltungsassistenten an Schulen tätig werden. Außerdem wollen wir endlich die BLF abschaffen. Die Vorbereitung, Durchführung und Bewertung der BLF bedeutet für Lehrkräfte und Schüler*innen eine Menge Arbeit. Wir meinen, dass die dafür notwendige Zeit nicht für Prüfungen, sondern fürs Lernen und die individuelle Förderung der Schüler*innen genutzt werden sollte.

Im dritten Schwerpunkt gehen wir einzelne Problemlagen an:

Sei es beim Auswahlverfahren an Schulen, wo künftig Geschwisterkinder stärker berücksichtigt werden sollen oder beim Schulbesuch außerhalb Thüringens, der erleichtert wird. Die Einführung der schulstufenbezogenen Lehramtsausbildung soll dem Unterrichtsausfall durch mehr Flexibilität beim Lehrkräfteeinsatz entgegenwirken.

Derzeit befindet sich das Gesetz in der Anhörung und wird dann im parlamentarischen Verfahren voraussichtlich bis zum Sommer beraten. Uns ist klar, dass unser Gesetzentwurf zur Modernisierung des Thüringer Schulwesens nicht eins zu eins beschlossen wird. Wir meinen es jedoch ernst, wenn wir CDU und FDP Gespräche für die gemeinsame Suche nach Schnittmengen anbieten. Leider ist bislang völlig unklar, ob die Opposition ebenfalls im Sinne der Sache dazu bereit ist. Die kommenden Monate werden also spannend.

Schulgesetz von Rot-Rot-Grün



Es geht um Leben und Tod - Schutz für Geflüchtete und deren Familien

In Syrien begann das Assad-Regime 2011 einen schrecklichen Bürgerkrieg. Zehn Jahre später übernahmen die radikal-islamischen Taliban die Macht in Afghanistan. Die kriegesischen Auseinandersetzungen machen ein Leben vor Ort unmöglich. Wir sind sehr froh, dass es den hier in Thüringen lebenden Geflüchteten über die Landesaufnahmeprogramme unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist, Familienmitglieder bis zum 2. Verwandtschaftsgrad aus der Heimat nachzuholen. Mit der Aufnahme wird Thüringen seiner Verantwortung gerecht, besonders Schutzbedürftigen Schutz zu gewähren. Außerdem setzen wir uns weiterhin für ein Landesamt für gesellschaftliche Teilhabe, Migration und Geflüchtete ein, um Verantwortlichkeiten zu bündeln, bessere Strukturen zu schaffen und Verwaltungsabläufe zu verbessern.

VORSTELLUNG



Bernhard Stengele

Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz

- 1963 in Wangen im Allgäu geboren
- arbeitete viele Jahre als Regisseur und Schauspieldirektor
- seit 2020 Landessprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen
- ehrenamtlicher Fahrer für humanitäre Hilfstransporte nach Lviv/ Ukraine

Fun-Fact: • hat mit seinem Bruder ökologische Tiny-Häuser entwickelt



1. Welcher Moment hat dich in deiner politischen Laufbahn bisher am meisten geprägt?

Der barbarische Angriffskrieg Russlands, der jeden Tag aufs Neue unermessliches Leid und Zerstörung für die Menschen in der Ukraine bringt. Wer das, wie ich selbst, gesehen und erlebt hat, ist schlicht entsetzt. Klar ist, dass wir niemals den Platz der Ukraine in unserer europäischen Familie aus dem Blick verlieren. Und dass wir deutlicher denn je erkennen: Wir brauchen Eigenständigkeit durch Erneuerbare Energien statt fossile Abhängigkeiten.

2. Was sind deine Ziele und politischen Schwerpunkte?

Wir Politiker*innen müssen mehr Tempo beim Klimaschutz vorlegen, um die Freiheitsrechte künftiger Generationen zu schützen. Wir müssen bei allem schneller sein: schnellere Entscheidungen, schnellere Planung, schnellere Genehmigungen. Und wir brauchen breitere Akzeptanz in Stadt und Land. Wertschätzung für die Energiewende funktioniert auch über Wertschöpfung in der Region. Deshalb: Mehr Bürger*innenenergie, mehr kommunale Beteiligung.

3. Welches war das erste Thema, mit dem du dich im Ministerium beschäftigt hast?

Am Tag meines Amtsantritts, am 1. Februar 2023, trat bundesweit das Wind-an-Land Gesetz in Kraft. Es legt konkrete Flächenziele für den Ausbau der Windenergie fest. Das ist der notwendige Push, den wir brauchen. Das müssen, sollen und werden wir jetzt in der Regierung umsetzen.

4. Was stellt für dich die größte Herausforderung in deinem neuen Amt dar?

Dass jetzt andere meinen Kalender organisieren. Aber das ist schon gut so.

5. Wie meistern wir die Energiewende in Thüringen?

Die Energiewende steht und fällt mit dem Ausbau der Erneuerbaren samt Netzen und Speichern, aber auch mit Energieeffizienz und Energiesparen. Die Wende vor Ort, in den Regionen, gelingt natürlich nur mit der Bevölkerung. Wir werden ein Windenergiebeteiligungsgesetz vorlegen. Gleichzeitig verstärken wir dezentrale Bürger*innenenergie durch unseren Bürger*innenenergiefonds. Wir werden durch gute Angebote, durch verständliche Sprache, einfache Regelungen und durch Wertschätzung noch stärker für das große gemeinsame Projekt – den Schutz unserer Lebensgrundlagen – werben.





Doreen Denstädt

Ministerin für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

- 1977 in Saalfeld/Saale geboren
- arbeitete als Polizeihauptkommissarin in der Polizeivertrauensstelle des Thüringer Innenministeriums
- Sprecherin der LAG Innenpolitik bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen
- Antirassismustrainerin am Bildungszentrum der Thüringer Polizei und Gründungsmitglied des Vereins MigaFem Power & Voices

Fun-Fact: • hat zwei Kinder – und drei Hunde



1. Welcher Moment hat dich in deiner politischen Laufbahn bisher am meisten geprägt?

Ein Beispiel ist die Auseinandersetzung zum ‚Whistleblower-Gesetz‘ mit den bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten. Mir ist wichtig, dass Hinweisgebende Schutz erhalten – meine Meinung als Kommunalpolitikerin in die Diskussion zum Whistleblower-Schutz einbringen zu können, hat mir viel bedeutet. Eine politische Teilhabe wie diese ist, glaube ich, nur bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so möglich.

2. Was sind deine Ziele und politischen Schwerpunkte?

Zuerst will ich mich für das Engagement aller Mitarbeiter*innen im Ministerium bedanken. Ich lerne ja gerade die verschiedenen Behörden, Abteilungen und Referate kennen. Überall sehe ich, dass sie sehr gut funktionieren und für mich fast keine Wünsche übrigbleiben. Aber natürlich will ich Vieles gestalten. In meiner Arbeit ist die Justiz ein wichtiger Schwerpunkt. Dort stehen zwei große Herausforderungen an: der Generationenwechsel in der Justiz und die Digitalisierung. Wir laufen aktuell in eine Pensionierungswelle hinein. Ziel ist die Bildung einer sogenannten Einstellungsreserve, um diese Entwicklung abzufedern. Die Thüringer Justiz steht hier in Konkurrenz zu anderen Bundesländern und der Privatwirtschaft. Auch in anderen Laufbahnen der Justiz gibt es ähnliche Entwicklungen, die sich jedoch nicht so dramatisch auswirken beziehungsweise abgefedert werden können.

Aus meiner bisherigen Tätigkeit heraus liegt mir ebenfalls der Opferschutz besonders am Herzen. Hier wäre aus meiner Sicht eine Zentralisierung aller Anstrengungen sinnvoll. Das politisch drängendste Thema ist die Migration. Vor allem das Landesamt steht da gerade im Mittelpunkt. Aber es lässt sich nicht auf die Schnelle hervorzaubern. Hier sind noch viele Gespräche notwendig, um erste Maßnahmen ergreifen zu können. Aber wir gehen das an!

3. Welches war das erste Thema, mit dem du dich im Ministerium beschäftigt hast?

Die Belegschaft des Hauses kennenzulernen und schnell mit allen in den Dialog zu treten, um fundiert ins Arbeiten zu kommen.

4. Was stellt für dich die größte Herausforderung in deinem neuen Amt dar?

Auf der hohen ministeriellen Ebene unsere grünen Ziele durchzusetzen und im Zusammenwirken mit dem Ministerium umzusetzen.

5. Wie steht es um die Digitalisierung in der Thüringer Justiz?

Was erwartet uns in den nächsten 1,5 Jahren?

Bei der Digitalisierung der Justiz stehen der elektronische Rechtsverkehr und die elektronische Akte im Mittelpunkt. Hier muss die Umstellung von Papier auf Digital im laufenden Geschäftsverkehr erfolgen.

NACHHALTIGER TOURISMUS ALS CHANCE FÜR THÜRINGEN



In diesem Winter fanden die Weltmeisterschaften der Rennrodler*innen und Biathlet*innen auf den sanierten und erneuerten Anlagen in Oberhof statt. Beide Weltmeisterschaften boten nicht nur eine große Chance für den Sport, sondern ebenso eine herausragende Möglichkeit der touristischen Eigenwerbung für Thüringen.



Seit der Wiedervereinigung wurden nahezu eine Viertelmilliarde Euro in die Sportanlagen sowie Oberhof als Wintersportzentrum investiert. Für die Austragung der Doppel-WM wurden nun insgesamt 83 Mio. Euro in die Erhaltung der Sportanlagen, für Beschneigungstechnik, Schneedepots und bspw. Parkplätze investiert. Diese Fördermittel

wurden nicht ohne Vorbehalte zum Einsatz gebracht. Der mangelhafte Anschluss an den ÖPNV oder die zunehmende Flächenversiegelung lösten vielfältige Kritik aus.

Mit Ende der Wettbewerbe gilt es, nicht nur den Standort Oberhof dauerhaft für die touristische Nutzung auszubauen, sondern auch den Thüringer Wald in Gänze in den Fokus der zukünftigen Entwicklung zu nehmen. Dabei können Leuchtturmprojekte wie Oberhof natürlich hilfreich sein, denn das strahlt über Ländergrenzen hinweg aus. Doch wir alle sehen und spüren, dass es den Wintersport in der uns vertrauten Form in absehbarer Zeit im Thüringer Wald nur noch wenige Wochen im Jahr geben wird. Gab es in den 1970er Jahren noch rund 45 schneesichere Tage, sind es heute nur

noch 37. Hier sind die Auswirkungen der Klimakrise deutlich abzulesen. Dies muss aus unserer Sicht für die kommende touristische Entwicklung mit beachtet werden. Und deshalb möchten wir den nachhaltigen Tourismus in Thüringen fördern. Hierzu gehören neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien, die Unterstützung der regionalen Wirtschaft sowie die Stärkung nachhaltiger Mobilität, damit Gäste umweltfreundlich die Region erkunden können.

Touristische Regionen wie der Thüringer Wald entwickeln sich immer weiter in Richtung klassischer Ganzjahres-Reiseziele. Angebote, die auf einen nachhaltigen und sanften Tourismus zielen, sprechen weite Teile einer reisefreudigen Kundschaft an.

Thüringen soll sich dabei laut der Thüringer Tourismusstrategie zur „Familienmarke“ entwickeln. Dazu gehören Angebote, die naturverbunden, inspirierend, zugänglich und kulturprägend sind. Diese können gut in der Fläche des Thüringer Waldes ergänzt oder aufgebaut werden. Bereits heute gibt es zahlreiche Konzepte, die diese Form des nachhaltigen, naturverbundenen Tourismus bieten. Die touristische Entwicklung des Thüringer Waldes sollte nicht an Großereignisse geknüpft werden. Es bedarf der übergreifenden Zusammenarbeit aller Akteur*innen im Tourismusbereich - von der Landesregierung bis hin zu Anbieter*innen von privaten Unterkünften. Die Region hat das erforderliche Potenzial, es muss nur genutzt werden.

Wir sind überzeugt davon, dass ein nachhaltiger Tourismus für Thüringen von großer Bedeutung ist und sein wird. Er fördert nicht nur die ökonomische Entwicklung der Region, sondern auch den Naturschutz und den Erhalt unserer Umwelt.

TIERSCHUTZ AUF ALLEN EBENEN



Unser langfristiges Ziel ist eine nachhaltige Landwirtschaft für Thüringen, in der Umweltschutz, artgerechte Tierhaltung und Tierschutz im Einklang mit den wirtschaftlichen Interessen der Erzeuger*innen existieren können. Die Themen Schlachtung und Tierschutz scheinen sich dabei

auf den ersten Blick zu widersprechen, können aber nicht unabhängig voneinander betrachtet und diskutiert werden.

Tierschutz endet weder auf dem Weg zur, noch während der Schlachtung. Die rechtliche Grundlage dafür bildet das Tierschutzgesetz. Darüber hinaus hat die Europäische Kommission eine Verordnung überarbeitet, die erstmalig unionsrechtlich die Schlachtung im Herkunftsbetrieb unter Nutzung einer mobilen Schlachteinheit regelt.



Die Etablierung der mobilen Schlachtung ist zweifellos im Interesse des sich ändernden Verbraucher*innenbewusstseins, wonach Tierschutz und Regionalität wichtige Kriterien beim Einkauf von Wurst- und Fleischprodukten sind. Zusätzlich wird mit der neuen Regelung die regionale Wertschöpfung gefördert.

Dies funktioniert jedoch nur, wenn alle Akteur*innen bis zu den Verbraucher*innen mitmachen. Um auskömmlich mit der mobilen Schlachteinheit arbeiten zu können, muss der Kostenfaktor für die Betriebe durch staatliche Fördermöglichkeiten gestützt werden. Auf Landes- und Bundesebene stehen dafür Förderprogramme zur Verfügung, wobei die Förderwürdigkeit an den Hintergrund (Landwirt*in, Metzger*in, Verarbeiter*in) des Antragsstellenden geknüpft ist. Langfristig entscheidend für die Nutzung von mobilen Schlachteinheiten ist die Aufklärung der Verbraucher*innen, die landkreisübergreifende Verwendung sowie eine nachhaltige Vermarktung (zu guten Preisen). Die bereits vorhandenen Plattformen für Agrarmarketing, wie z.B. Ökoherz, Heimische Landwirtschaft und noch einige mehr, sind für die Vernetzung der verschiedenen Akteur*innen hilfreich, aber auch noch ausbaufähig.

Tiertransporte führen nachweislich zu einem erheblichen Stress bei den Tieren. An dieser Stelle kann die mobile Schlachtung ein Stück hin zu mehr Tierschutz beitragen, da die Tiere in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und relativ stressfrei geschlachtet werden. Letztlich kann die Weideschlachtung und mobile Schlachtung auch Betriebe und Privatpersonen mit nur wenigen Tieren berücksichtigen und somit dem Trend zu immer größeren viehhaltenden Betrieben entgegenwirken.

Zuletzt hat der qualvolle Tod tausender Schweine in einer Mastanlage einer niederländischen Betreibergesellschaft in Nordhausen aufgezeigt, wie problematisch die Haltung von großen Tierbeständen hinsichtlich des Tierschutzes ist. Wir sehen uns in unserer Forderung bestätigt, eine*n unabhängige*n Tierschutzbeauftragte*n im Freistaat Thüringen einzusetzen. Diese*r soll sich gezielt für Tierschutzbelange einsetzen, dem Landtag einen jährlichen Bericht vorlegen und den Tierschutz gezielt verbessern.



REGENBOGEN- EMPFANG MIT SVEN LEHMANN

Am 3. März haben wir als grüne Landtagsfraktion wieder zu unserem Regenbogenempfang eingeladen. Dieser hat bei uns bereits lange Tradition, wurde aber, wie so vieles, von der Corona-Pandemie unterbrochen. Umso mehr haben wir uns gefreut, zahlreiche Menschen im Zughafen



in Erfurt begrüßen zu dürfen, ins Gespräch zu kommen und einen so schönen Abend zu verbringen. In einem vielfältig besetzten Podium ging es um queerpolitische Themen in Thüringen, wie auch im Bund. Im Bund stehen das Selbstbestimmungsgesetz, die Reform des Abstammungsrechts und die Umsetzung des Aktionsplans „Queer leben“ an. Und auch in Thüringen geht es – nicht zuletzt aufgrund des unermüdlichen Engagements unserer Fraktion – voran: Das „Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt“ sichert seit

2018 die Arbeit der LSBTIQ*-Netzwerke und Beratungsstellen in Thüringen.

In diesem Jahr war Sven Lehmann, Mitglied des Bundestages, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Queer-Beauftragter der Bundesregierung, unser Gast. Er ist der erste Queer-Beauftragte der Bundesregierung und setzt sich in seiner Funktion entschlossen für die Akzeptanz und den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein.

Wir haben ihm drei Fragen gestellt:

1. Du bist der erste Queer-Beauftragte einer Bundesregierung. Warum ist es so wichtig, einen Queer-Beauftragten zu haben?

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie alle queeren Menschen (LSBTIQ*) können auch heute noch nicht immer und überall frei, offen und ungefährdet leben. Die Bundesregierung steht für eine aktive Politik gegen Diskriminierung und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Um das deutlich zu machen, hat sie erstmalig einen Queer-Beauftragten ernannt. Meine Aufgabe ist es, gemeinsam mit den Minister*innen die vielen queerpolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen.

2. Was wurde queerpolitisch bereits auf Bundesebene umgesetzt? Worüber freust du dich besonders?

Der bisher größte Meilenstein war sicher, dass die Bundesregierung erstmals überhaupt einen Aktionsplan



„Queer leben“ beschlossen hat. Das ist neu, weil Queerpolitik so zu einer Querschnittsaufgabe für alle Ministerien wird. Darüber freue ich mich sehr. Als Agenda für eine Politik des Respekts wurden zahlreiche Maßnahmen in sechs Handlungsfeldern vereinbart, um die Akzeptanz und die Gleichberechtigung von LSBTIQ* zu fördern. Den Umsetzungsprozess darf ich koordinieren.

3. Was sind deine Ziele für die Zukunft?

Neben wichtigen Gesetzesvorhaben wie der Reform des Abstammungsrechts für die Anerkennung von Regenbogenfamilien sowie dem Selbstbestimmungsgesetz für trans*, inter* und nichtbinäre Menschen, geht es mir vor allem um das große Ganze. Ich bin der festen Überzeugung, dass Vielfalt eine Gesellschaft freier und damit auch stärker macht. Wenn Menschen angst- und diskriminierungsfrei unterschiedlich sein können und dabei gleich an Rechten und Würde, ist das ein Gewinn für uns alle und das gesellschaftliche Miteinander.

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Astrid Rothe-Beinlich

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie für Aufarbeitung und Religion

Telefon: 0361/37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Babette Pfefferlein

Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin

Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Drogenpolitik, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Infrastruktur, Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Forsten, Tier- und Verbraucherschutz

Telefon: 0361/37-72681

E-Mail: babette.pfefferlein@gruene-thl.de



Madeleine Henfling

Parlamentarische Geschäftsführerin

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz

Telefon: 0361/37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de



Laura Wahl

Sprecherin für Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz, Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik sowie den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361/37-72672

E-Mail: laura.wahl@gruene-thl.de



Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus, Petitionen

Telefon: 0361/37-72674

E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datschutz@gruene-thl.de



Besucht uns auch auf Social Media!

www.facebook.com/gruenethl
www.twitter.com/gruenethl

www.instagram.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl

DIE MITARBEITER*INNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Dr. Anna-Lisa Neuenfeld

Fraktionsgeschäftsführerin und Referentin für Grundsatzfragen, Aufarbeitung und Religion

Telefon: 0361/37-72669

E-Mail: anna-lisa.neuenfeld@gruene-thl.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein

Referentin des Fraktionsvorstands und für Petitionen

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: buerofravosi@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey

Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung, der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Referentin für Europapolitik

Telefon: 0361/37-72676

E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle



Anika Schidda

Pressesprecherin

Telefon: 0361/37-72666

E-Mail: anika.schidda@gruene-thl.de



Christian Herrmann

Stv. Pressesprecher, Referent für Presse-/Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0361/37-72690

E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de



Anne Marie Zang

Referentin für Social Media und Onlinekommunikation

Telefon: 0361/37-72656

E-Mail: anne-marie.zang@gruene-thl.de



Marcus Neumann

Referent für Veranstaltungsmanagement

Telefon: 0361/37-72654

E-Mail: marcus.neumann@gruene-thl.de

PARLAMENTARISCHE BERATUNG



Tabea Brenner

*Fraktionsjustiziarin,
Referentin für Justiz-, Asyl- und Migrationspolitik*

Telefon: 0361/37-72691
E-Mail: tabea.brenner@gruene-thl.de



Tobias Lange

Referent für Innen- und Kommunalpolitik

Telefon: 0361/37-72680
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



Dr. Edoardo D'Alfonso Masarié

Referent für den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361/37-72667
E-Mail: edoardo.dalfonsomasarie@gruene-thl.de



Andreas Leps

*Referent für den Untersuchungsausschuss 7/2
„Treuhand in Thüringen“*

Telefon: 0361/37-72692
E-Mail: andreas.leps@gruene-thl.de



Angelina Ehlert

*Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/1
„Mafia“*

Telefon: 0361/37-72661
E-Mail: angelina.ehlert@gruene-thl.de



Ralf Martin

*Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz
und Sport*

Telefon: 0361/37-72679
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Christian Foß

*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft,
Digitale Gesellschaft und Datenschutz*

Telefon: 0361/37-72689
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Wiebke Mros

Referentin für Mobilität

Telefon: 0361/37-72678
E-Mail: wiebke.mros@gruene-thl.de



Tim Strähnz

Referent für Bildung, Kinder und Jugend

Telefon: 0361/37-72683
E-Mail: tim.straehnz@gruene-thl.de



Antje Niebur

*Referentin für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus*

Telefon: 0361/37-72673
E-Mail: antje.niebur@gruene-thl.de



Diana Hennig

*Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/3
„Politische Gewalt in Thüringen“*

Telefon: 0176 47189371
E-Mail: diana.hennig@gruene-thl.de



Jasper Robeck

*Referent für den Untersuchungsausschuss 7/3
„Politische Gewalt in Thüringen“*

Telefon: 0361/37-72671
E-Mail: jasper.robeck@gruene-thl.de



Dr. Björn Sode

*Referent für Bau, Landesplanung, Wohnen,
Landwirtschaft, Forst und Gentechnik*

Telefon: 0361/37-72661
E-Mail: bjoern.sode@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann

*Referentin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit,
Verbraucherschutz und Gleichstellung*

Telefon: 0361/37-72693
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde Ausgabe 01/2023

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670 | E-Mail: info@gruene-thl.de

Vi.S.d.P.: Anika Schidda

Redaktionsschluss: März 2023

Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Fotos: Titel – Shutterstock; S. 3 – Fraktion; S. 4 – Pixabay;

S. 6/ S. 7 – Bündnis 90/Die Grünen; S. 8 – Shutterstock;

S. 9 – Fraktion; S. 10 – Fraktion, Cornelius Golhardt;

Fotos der Abgeordneten und Mitarbeiter*innen: Paul-Philipp Braun